

# Wie der Renten kollaps verhindert werden kann

## GASTKOMMENTAR

UWE SCHROEDER-WILDBERG

**Erst immer mehr Leistungen und dann noch Corona: Wer die Rente sichern und einen neuen Generationenkonflikt vermeiden will, muss Politik und Bürger in die Pflicht nehmen. Aber auch die Finanzbranche muss einiges ändern.**

In der deutschen Rentenpolitik ist nicht vieles sicher, aber eines doch: Steigerungsraten von drei bis vier Prozent, in deren Genuss die Rentenbezieher in diesem Jahr noch kamen, gehören bis auf Weiteres der Vergangenheit an. Der coronabedingte weltweite Konjunkturabschwung wird sich dämpfend auf die Entwicklung der Bruttolohnsumme, die die Basis für Rentenanpassungen ist, auswirken. Welche Folgen Kurzarbeit, Entlassungen und Insolvenzen von Unternehmen auf die Rentenkasse haben, lässt sich seriös noch nicht abschätzen.

Dabei schnellen die Rentenausgaben in Deutschland seit Jahren nach oben: Der Bundesrechnungshof warnte erst unlängst vor einer Überforderung der Staatskasse und vor „beträchtlichen Haushaltsrisiken“. Nach einer Analyse aller Rentenreformen seit 2014 kamen die Rechnungsprüfer zum Ergebnis, dass immer weiter steigende Zuschüsse des Bundes in die Rentenversicherung unausweichlich seien. Dabei schießt der Bund im laufenden Jahr bereits fast 100 Milliarden Euro hinzu.

**Die große Koalition hat in den vergangenen Jahren** Rentnerinnen und Rentnern Wohltaten wie die Mütterrente oder die Rente mit 63 zukommen lassen. Am 1. Januar 2021 folgt die neue Grundrente. Für alle diese Reformen mag es mit Blick auf Generationengerechtigkeit und sozialen Ausgleich Argumente geben. Tatsache ist jedoch, dass sie das Rentensystem vollends überlasten werden. Allein die Mütterrente erzeugt laut Bundesrechnungshof bis 2025 Mehrbelastungen von rund 111 Milliarden Euro. Dabei leidet das System ohnehin seit Jahren unter den Folgen des demografischen Wandels. Und den Babyboomern, den besonders geburtenstarken Jahrgängen, steht bald der Eintritt ins Rentnerleben bevor.

Und nun auch noch Corona! Selbst wenn der Bund in der Lage wäre, die sich ausweitende Finanzierungslücke zu füllen, wächst

die Gefahr, dass die aktuelle Krise einen Generationenkonflikt Alt gegen Jung verschärft, wie wir ihn in ähnlicher Form bei der Klimadebatte bereits erleben. Viele junge Menschen haben den Eindruck, dass sie stärker für die Folgen der Krise aufkommen müssen als die ältere Generation. Wer diesen gesellschaftlichen Konflikt nicht will, kommt nicht umhin, eine deutliche Stärkung privater und betrieblicher Altersvorsorge zu forcieren – als Ergänzung, nicht als Ersatz der gesetzlichen Vorsorge. Das ist, zugegeben, keine neue Forderung, aber ihre Realisierung erfordert von allen Beteiligten viel mehr Anstrengungen als bisher.

**Dies gilt auch für die künftigen Rentenbezieher selbst**, die sich schon beim Berufsstart mit einer ergänzenden Altersabsicherung ernsthaft beschäftigen sollten, statt nur auf das gesetzliche Rentensystem zu hoffen. Das Bewusstsein für Eigenverantwortung ist bei vielen Menschen erst zu schaffen, zumal auch Wissen über Finanzthemen in Deutschland noch viel zu wenig verbreitet ist.

Die Politik hat mit dem Betriebsrentenstärkungsgesetz bereits eine sinnvolle Weiterentwicklung des Systems beschlossen. Es ist aber noch ein weiter Weg, bis insbesondere kleinere Unternehmen mehr betriebliche Vorsorge bieten. Corona kommt erschwerend hinzu, weil die Pandemie die volle Aufmerksamkeit von Geschäftsführern und Personalabteilungen auf sich zieht. Es ist zudem zu hoffen, dass die seit Jahren aufgeschobene Modernisierung der Riester-Rente doch noch in dieser Legislaturperiode kommt. Dazu liegen realistische Vorschläge auf dem Tisch, etwa die Möglichkeit, hohe Garantien, die in der Niedrigzinsphase sehr teuer geworden sind, zu reduzieren.

**Aber auch die Finanz- und Versicherungswirtschaft** muss sich einiges ins Pflichtenheft schieben. Die verlässliche Rentenzahlung, egal, wie alt der Versicherte auch wird, bleibt eine große Stärke der privaten Rentenversicherung. Diesen Vorteil besser zu vermitteln erfordert eine deutlich höhere Qualifizierung in der Finanzberatung. Vertrauen der Kunden in Berater setzt jedoch auch einen transparenten Umgang insbesondere mit Abschlusskosten voraus, zu dem Teile der Branche – Versicherer wie Vermittler – leider noch immer ein verkrampftes Verhältnis haben. Zwar kann der Kunde heute alle Kosten den gesetzlich vorgeschriebenen Unterlagen entnehmen, aber zu oft muss er immer noch tief ins Kleingedruckte eintauchen. Eine weitere Herausforderung ist, dass Menschen heute öfter ihre Lebenspläne und ihren beruflichen Status ändern. Zwar gibt es schon flexiblere Policen, die dem Verbraucher zum Beispiel erlauben, einen Teil des Kapitals vorzeitig abzuziehen. Zur Wahrheit gehört aber auch, dass die private Rentenversicherung, gleichwohl sie eine gute Basis der Altersabsicherung ist, nicht jede Wendung im Leben ohne Leistungsverlust mitmachen kann. Hier können aber ergänzend andere Produkte wie etwa Fondssparpläne ins Spiel kommen.

Im besten Fall könnte die Coronakrise eine Kraftanstrengung von Politik, Finanz- und Versicherungswirtschaft sowie Bürgerinnen und Bürgern bewirken. Angesichts einer drastisch steigenden Staatsverschuldung und erheblich wachsender Leistungsverpflichtungen geht es letztlich darum, den Kollaps des gesetzlichen Rentensystems zu verhindern. Im Sinne eines guten Miteinanders der Generationen in unserem Land kann man damit nicht früh genug anfangen. ■

**UWE SCHROEDER WILDBERG, 55,**

ist seit 2004 Vorstandschef des Finanzvertriebs MLP. Davor war der promovierte Betriebswirt Vorstand des Discountbrokers Cortal Consors.